

Es fehlen entschuldigt:

Hendrik Klöpfer	Borken
Gerhard Ludwig	Borken
Christian Stevens	Bocholt

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Eisele eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie Herrn Prof. Dr. Schwarz, Geschäftsführer des Flughafens Münster/Osnabrück (FMO). Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde. Vorsitzender Eisele erklärt, aufgrund des starken Schneefalls und der damit einhergehenden unzumutbaren Verkehrslage sei kurzfristig entschieden worden, die Ausschussmitglieder in einer Hybrid-Sitzung tagen zu lassen. Er erläutert, da der Großteil der Ausschussmitglieder digital teilnehmen würde, könnten heute nur Vorberatungen erfolgen und formal keine Beschlüsse gefasst werden.

Hiergegen und gegen die Tagesordnung insgesamt werden keine Einwendungen erhoben.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Bestellung einer Schriftführerin und einer stellvertretenden Schriftführerin für den Ausschuss für Wirtschaft, Kreisentwicklung und Digitalisierung
Vorlage: 0007/2021/KREIS

Berichterstatter: Michael Weitzell

Vorsitzender Eisele schlägt vor, die formale Beschlussfassung zurückzustellen und in der nächsten Ausschusssitzung am 18.05.2021 zu beraten. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Beschluss: zurückgestellt/vertagt

Frau Katharina Geuking wird zur Schriftführerin für den Ausschuss für Wirtschaft, Kreisentwicklung und Digitalisierung bestellt.

Frau Kerstin Ritzenhöfer wird zur stellvertretenden Schriftführerin für den Ausschuss für Wirtschaft, Kreisentwicklung und Digitalisierung bestellt.

Punkt 2: Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht dem Kreistag angehören
Vorlage: 0075/2021/KREIS

Berichterstatter: Michael Weitzell

Vorsitzender Eisele schlägt vor, die Verpflichtung der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger in der nächsten Ausschusssitzung am 18.05.2021 vorzunehmen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Beschluss: zurückgestellt/vertagt

Punkt 3: Münsterlandweites Mobilfunkprojekt
Vorlage: 0050/2021/KREIS

Berichterstatter: Michael Weitzell

Anhand einer Präsentation zeigt Herr Weitzell, Leiter der Stabsstelle, den aktuellen Sachstand zum münsterlandweiten Mobilfunkprojekt auf (Anlage 1 zur Niederschrift). Er erklärt, eine ausführliche Information zum Projektfortgang solle voraussichtlich in der nächsten Ausschusssitzung erfolgen.

Ausschussmitglied Groh fragt, ob das 5G-Netz bei Bedarf für autonomes Fahren auskömmlich sei.

Herr Weitzell antwortet, hierfür seien grundsätzlich höhere Frequenzbereiche erforderlich, die nach aktuellem Stand erst in einigen Jahren eingeführt würden.

Ausschussmitglied Kublun fragt sodann, inwiefern für das Projekt Mobilfunk Zusatzkosten für die Verwaltung entstünden und ob Investitionen der Netzbetreiber vorgesehen seien.

Herr Weitzell führt dazu aus, die Kosten insgesamt seien vergleichsweise gering, da über das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen eine Bezuschussung erfolge. Weiter könnten Netzbetreiber nicht verpflichtet werden, Investitionen zu tätigen. Daher bemühe sich die Kreisverwaltung, den Anbietern einen Ausbau durch Bereitstellung zusätzlicher Informationen und Abstimmungen möglichst einfach zu gestalten. Mündliche Kooperationszusagen habe es grundsätzlich bereits seitens der Netzbetreiber gegeben.

Insgesamt begrüßen die Ausschussmitglieder die projektbezogenen Aktivitäten sehr, wie Herr Eisele zusammenfasst.

Der Sachstand zum münsterlandweiten Mobilfunkprojekt wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4: Digitales Baugenehmigungsverfahren einführen;
Antrag der FDP-Fraktion v. 04.12.2020
Vorlage: 0417/2020/KREIS/1

Berichterstatter: Kreistagsabgeordneter Kevin Schneider

Frau Jüditz, stellvertretende Leiterin des Fachbereichs Bauen, Wohnen und Immissionschutz, stellt anhand einer Präsentation den aktuellen Stand zur Digitalisierung im Baugenehmigungsverfahren dar (Anlage 2 zur Niederschrift).

Fraktionsübergreifend wird der Verwaltung für den Sachstandsbericht gedankt.

Ausschussmitglied Schmeisser fragt, ob es konkrete Gründe für die zeitlichen Verzögerungen bei der Inbetriebnahme des Bauportals gebe.

Frau Jüditz antwortet, hauptsächlich seien diese auf technische Umsetzungsprobleme zurückzuführen.

Ausschussmitglied Kublun fragt nach, ob sich durch die Digitalisierung des Verfahrens ein anderer Mitarbeiterbedarf ergebe und ob perspektivisch ein dauerhafter Papierverzicht angestrebt werde.

Dazu führt Frau Jüditz aus, die Erfahrungen aus anderen Kommunen hätten zumindest anfangs umstellungsbedingt einen steigenden Mitarbeiterbedarf gezeigt, da übergangsweise mit dem Eingang sowohl von digitalen als auch analogen Anträgen zu rechnen sei. Jedoch werde angestrebt, perspektivisch ausschließlich digital zu arbeiten.

Vorsitzender Eisele regt eine kreisweite Zusammenarbeit der Bauämter an.

Dazu stellt Frau Jüditz dar, die Verwaltung stehe im engen Austausch mit den vier Unteren Bauaufsichtsbehörden in Ahaus, Bocholt, Borken und Gronau mit dem Ziel einer einheitlichen Lösung.

Ausschussmitglied Groh fragt an, warum die Beteiligten sich dafür entschieden hätten, das Bauportal nicht als Informationsplattform zu nutzen.

Frau Jüditz erklärt, das Bauportal gebe grundsätzliche Informationen. Sobald jedoch ein Bauantrag gestellt worden sei, stehe das Portal für die weitere Abwicklung des Verfahrens nicht mehr zur Verfügung.

Ausschussmitglied Schmeisser fragt, ob die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung im Umgang mit dem Bauportal gesondert zu schulen seien und welche Kosten dafür anzusetzen seien.

Frau Jüditz erläutert, Schulungen seien notwendig, kostenmäßig derzeit jedoch noch nicht abschätzbar. Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Schwenzow ergänzt, im Haushalt finde sich dazu eine allgemeine Position, die solche Kosten decke.

Ausschussmitglied Peirick fragt weiter, ob vergleichsweise einfache Anträge, die beispielsweise ohne Beteiligung von Architekten auskämen, anders bearbeitet würden.

Darauf antwortet Frau Jüditz, für diese Anträge sei das Bauportal NRW aufgrund der erforderlichen Authentifizierung eher ungeeignet. In solchen Fällen würden Anträge aller Voraussicht gescannt und digital bearbeitet. Herr Funke, Mitarbeiter des Fachdienstes Personal, Organisation und IT, ergänzt, im vergangenen Jahr sei ein Formularserver eingeführt worden, um individuelle Lösungen u. a. für solche Fälle anbieten zu können.

Beschluss: ohne Beschluss

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, die Einreichung von Bauanträgen und Bauvorlagen schnellstmöglich freiwillig auf digitalem Wege möglich zu machen und im zuständigen Ausschuss über den aktuellen Sachstand zu berichten. Darüber hinaus soll die Kreisverwaltung technisch in die Lage versetzt werden, Baugenehmigungsverfahren intern wie extern digital zu bearbeiten und abzuwickeln.

**Punkt 5: Ausgleich des coronabedingten Schadens bei der Flughafen Münster Osnabrück GmbH (FMO)
Vorlage: 0030/2021/KREIS**

Berichtersteller: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Prof. Dr. Schwarz, Geschäftsführer des Flughafens Münster/Osnabrück (FMO) stellt anhand einer Präsentation die aktuelle Situation des FMO dar (Anlage 3 zur Niederschrift).

Auf Anfrage erklärt Prof. Dr. Schwarz, zwischen Bund und Ländern liefen derzeit Abstimmungen über ein mögliches Förderprogramm für den coronabedingten Schaden an Flughäfen. Nach derzeitigem Stand hätten die Länder sich verständigt, den vom Bund geforderten hälftigen Teil von 500 Mio. Euro für ein Förderprogramm bereitzustellen. Jetzt müsse der Bund intern über seinen Anteil von 500 Mio. Euro befinden. Er rechne hier mit keiner kurzfristigen Lösung. Insbesondere im Kreis Steinfurt und in der Stadt Münster würden derzeit Diskussionen über Nutzungskonzepte zur Weiterentwicklung des FMO geführt. Er gehe davon aus, dass in den Sitzungen der FMO-Gremien am 04.03.2021 diese Diskussionen unter den Gesellschaftern weitergeführt werde. Kooperationen mit andere Flughäfen seien bislang nicht direkt an den FMO herangetragen worden. Hier habe er auch Zweifel, da alle Flughäfen eine Bedienungspflicht hätten, ein Großteil der Flughafenkosten standortgebunden seien und letztlich kaum Synergieeffekte entstünden.

Ausschussmitglied Jasper ergänzt, langfristig gelte es den Flughafen nebst Infrastruktur zu erhalten. So sei der Standort beispielsweise ein Kriterium für die Ansiedlung des Batterieforschungszentrums in Münster gewesen.

Beschluss: ohne Beschlussempfehlung weitergegeben

1. Der Kreis Borken beteiligt sich an der Zuführung von Eigenkapital an die Flughafen Münster Osnabrück GmbH in Höhe von 46.180 Euro für das Jahr 2021.
2. Die Vertretung des Kreises Borken in der Gesellschafterversammlung der FMO GmbH wird angewiesen, die entsprechenden Beschlüsse zu fassen.
3. Sämtliche Beschlüsse stehen unter der Bedingung, dass sich alle Gesellschafter, die aktuell für die Finanzierung des Finanzierungskonzeptes 2.0 und des coronabedingten Schadens vorgesehen sind, daran beteiligen.

Punkt 6: Beratung des Haushaltsentwurfs 2021 für das Produkt 11.03.04 - Wirtschaft, Regionalentwicklung, EU-Angelegenheiten, Statistik
Vorlage: 0005/2021/KREIS

Berichterstatter: Michael Weitzell

Vorsitzender Eisele schlägt vor, die Beratungen der Haushaltsanträge in die Sitzungen des Kreisausschusses und Kreistages zu verschieben. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Beschluss: ohne Beschlussempfehlung weitergegeben

Der Ausschuss für Wirtschaft, Kreisentwicklung und Digitalisierung empfiehlt dem Kreistag, dem Produkt 11.03.04 - Wirtschaft, Regionalentwicklung, EU-Angelegenheiten, Statistik – zuzustimmen.

Punkt 7: Knotenpunktsystem im Münsterland
Vorlage: 0040/2021/KREIS

Berichterstatter: Michael Weitzell

Herr Weitzell stellt den Sachstand zur Einführung des Knotenpunktsystems im Münsterland anhand einer Präsentation dar (Anlage 4 zur Niederschrift).

Der Sachstand zur Einführung des Knotenpunktsystems im Münsterland wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 8: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 8.1: Modellprojekt Smart Cities

Berichterstatter: Michael Weitzell

Herr Weitzell informiert, die Kreisverwaltung plane gemeinsam mit den Städten und Gemeinden am aktuellen Förderaufruf des Bundes „Modellprojekte Smart Cities“ teilzunehmen. Hierüber könnten die Entwicklung einer Digitalisierungsstrategie und die Umsetzung einzelner smarterer Anwendungen mit 65 % gefördert werden. Einzelheiten würden in den nächsten Wochen erarbeitet. In den kommenden Sitzungen des Kreisausschusses und Kreistags werde ausführlich dazu berichtet.

Punkt 9: Anfragen

keine

**Punkt 9.1: Homeoffice (Telearbeit) oder mobiles Arbeiten in der Kreisverwaltung;
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN v. 22.01.2021
Vorlage: 0051/2021/KREIS**

Berichterstatter: Vorsitzender Dietmar Eisele

Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Schwenzow schlägt vor, die Verwaltungsantwort zu Protokoll zu geben (Anlage 5 zur Niederschrift). Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Vorsitzender Eisele schließt die Sitzung.

gez.

Dietmar Eisele (Vorsitzender)

gez.

Katharina Geuking